

Statement zur Eröffnungspressekonferenz

von **Markus Meckel**, Außenminister a.D.

Sperrfrist: Mittwoch, 26. September 2018, 12.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Gedenken an Krieg und Frieden – 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg“

Die *Erinnerung* an den Ersten Weltkrieg und seine Folgen ist sehr *verschieden*:

Für Großbritannien und Frankreich ist die Erinnerung gesellschaftlich wach und prägt das öffentliche Bewusstsein. In Deutschland ist dieser Krieg weitgehend hinter dem Zweiten Weltkrieg im Nebel verschwunden. Nur eine sehr begrenzte Öffentlichkeit nimmt ihn noch wahr. Im Osten Europas gilt dies ebenso. In diesem Jahr könnte das allerdings anders sein, denn eine Reihe von Staaten wie Polen, die baltischen Länder, Tschechien, Slowakei und auch Rumänien begehen den 100. Jahrestag ihrer Staatsgründungen - also: unterschiedliche Narrative verschieden entwickelter, ja durch den Eisernen Vorhang getrennt entwickelter Erinnerungen.

Bei denjenigen Ländern, die am Ende des Ersten Weltkrieg mit dem Zerfall der alten Reiche und Monarchien neu gegründet wurden, steht die Besinnung auf die eigene Nation im Vordergrund – und die Freude, dass diese nach den schlimmen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts (Nationalsozialismus, Besatzung durch fremde Mächte, Kommunismus) wieder in Unabhängigkeit gelebt werden kann. Am stärksten ist dies in Polen und Rumänien der Fall. In Polen spricht man von „Wiedergeburt“ nach mehr als 120 Jahren verlorener eigener Staatlichkeit. Der Stolz auf die eigene Nation und Bedeutung der Nationalstaatlichkeit stehen im Vordergrund.

Ungarn verlor nach dem Ersten Weltkrieg im Vertrag von Trianon zwei Drittel seines vorherigen Territoriums und leidet bis heute an diesem Trauma. Eine gemeinsame Bearbeitung dieses Themas mit den Nachbarstaaten hat es nicht gegeben. Die ungarische Regierung hat den ungarischen Minderheiten die ungarische Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht gegeben. Immer wieder kommt es zu Konflikten mit Nachbarländern, bei denen es um die ungarischen Minderheiten geht.

Die Sowjetunion hat den Ersten Weltkrieg als imperialistischen Krieg begriffen, aufgrund dessen Katastrophe in die „siegreiche Oktoberrevolution“ führte, gewissermaßen als dunkle Vorgeschichte und Folie für dieses Jahrhundert. Heute werden dieser Weltkrieg, die Oktoberrevolution und die folgenden Bürgerkriegsjahre als nationale Tragödie angesehen, die auf allen Seiten viele Opfer zu betrauern nötigte. In Russland starben im Bürgerkrieg ja noch mehr Menschen als an der Weltkriegsfront. Für die Russen geht es heute darum, die Trennungen zu überwinden und in Einigkeit für die Größe Russlands einzustehen. Das wiederum hat seinen besonderen Ausdruck im „Großen Vaterländischen Krieg“, im Sieg über den Faschismus gefunden. Bis heute ist dieser Sieg das einigende Band der Völker Russlands.

Vorherrschend ist im Osten Europas auch der jeweilige Blick auf seine Nation: für Polen etwa geht es um die eigene Größe, bei Ungarn um die Verluste und Demütigungen.

Insgesamt wird bei uns kaum wahrgenommen, dass dieses Gedächtnis an das Jahr 2018 auch noch weitere wichtige inhaltliche Botschaften ins Bewusstsein bringen kann: Die meisten der damals neu entstandenen Staaten wurden nämlich als parlamentarische Demokratien gegründet.

Die Errichtung des Völkerbundes geschah um das internationale Recht zu stärken. Trotz seines späteren Scheiterns stellt sich heute die Frage nach der Bedeutung der Vereinten Nationen und des internationalen Rechts für die Konfliktlösung und ein regelbasiertes Handeln internationaler Politik. Weil viele der damals neu gegründeten Nationalstaaten große Bevölkerungsanteile von Bewohnern anderer Ethnien hatten, bemühten sich nach dem Ersten Weltkrieg die Siegermächte (vor allem die Amerikaner unter Präsident Wilson) um einen Kodex von Minderheitenrechten, auf welche diese neuen Staaten verpflichtet wurden. Minderheiten sollten vor der Gefahr durch die „Diktatur von Mehrheiten“ geschützt werden und gleichberechtigt in ihrem Existenzrecht sein. Dieses damals bereits zu berücksichtigen und —zumindest zeitweise auch zu gewährleisten — ist sehr bemerkenswert. Die Herausforderung bleibt auch nach hundert Jahren.

Die USA prägten die Staatsgründungen zunächst mit und hatten großen Anteil an der Demokratisierung der neuen Staaten, interessieren sich dann aber eine Weile weniger für Europa. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg vermehrt und intensiv, so dass wir heute auf 100 Jahre transatlantische Beziehungen zurückblicken können. Wer hätte gedacht, dass wir damit aktuell wieder vor ganz neuen Herausforderungen stehen würden.

Die Werte, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg die Entwicklung nach 1945 im Westen und nach 1990 in ganz Europa prägten (1990, Charta von Paris), stehen heute wieder neu unter Druck. Ein übersteigerter Nationalismus, ein verengter Blick auf die eigene nationale Größe, der in die Katastrophe des Weltkrieges geführt hatte, greift in vielen Ländern Europas auch heute wieder Raum.

Das 100-jährige Gedenken sollte m. E. für einen grenzüberschreitenden Dialog genutzt werden, um die unterschiedlichen Erfahrungen miteinander ins Gespräch zu bringen und den gemeinsamen Werten - den Menschenrechten, Toleranz und Verständigung, Gewaltenteilung und universales Völkerrecht - wieder die ihnen gebührende Geltung zu verschaffen.

Es gilt das gesprochene Wort